# Wasserstoffrecht

Wende / Otto

2026 ISBN 978-3-406-83540-7 C.H.BECK

# schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

#### Wende/Otto

#### Wasserstoffrecht Rechtsrahmen der Wasserstoffwirtschaft





# Wasserstoffrecht

### Rechtsrahmen der Wasserstoffwirtschaft

Herausgegeben von

### Prof. Dr. Susanne Wende

Professorin für Wirtschaftsprivatrecht und Unternehmensrecht an der Hochschule München

## Prof. Dr. Sven-Joachim Otto

Rechtsanwalt in Düsseldorf, Direktor des Instituts für Berg- und Energierecht der Ruhr Universität Bochum

#### Bearbeitet von

Dr. Veit Böckers, Manager in Düsseldorf; Mareen Coenen, Rechtsanwältin in Düsseldorf; Dr. Kira Fuchs, Leiterin Energiepolitik und Regulierung in München; Eric Glattfeld, Rechtsanwalt in München; Dr. Jochen Heide, Rechtsanwalt in Düsseldorf; Karl Holtkamp, LL.M., Rechtsanwalt in Berlin; Prof. Dr. Lars Jürgensen, Professor für Umweltverfahrenstechnik in Bremen; Stephan Manuel Nagel, LL.M., Rechtsanwalt in Düsseldorf; Dr. Ferdinand Pavel, Chefökonom in Berlin; Prof. Dr. Andreas Rau, Professor für zukunftsfähige Fahrzeugantriebe und Verbrennungsmotoren mit Schwerpunkt Wasserstoff und biogene Kraftstoffe in München; Katherina Reiche, Vorsitzende des Vorstandes der Westenergie AG und Vorsitzende des Nationalen Wasserstoffrates\* in Essen; Inès Stefen, Rechtsanwältin in Düsseldorf; Dr. Fabian Toros, Syndikusrechtsanwalt in Essen; Dr. Christian Trottmann, Syndikusrechtsanwalt in Frankfurt am Main; Dr. Julia Wulff, Rechtsanwältin in München

1. Auflage 2026



\* Vor ihrer Ernennung zur Bundesministerin für Wirtschaft und Energie am 6. Mai 2025 war sie Vorsitzende des Vorstandes der Westenergie AG und Vorsitzende des Nationalen Wasserstoffrates.



© 2026 Verlag C.H. Beck GmbH & Co. KG, Wilhelmstraße 9, 80801 München info@beck.de Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

> Satz: Fotosatz H. Buck, Zweikirchener Str. 7, 84036 Kumhausen

Umschlag: Druckerei C.H. Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes zum Zwecke des Text und Data Mining vorzunehmen.

#### Vorwort

Die Wasserstoffwirtschaft wird zur tragenden Säule einer dekarbonisierten, resilienzfähigen und technologisch souveränen Energieversorgung. Die Bundesrepublik Deutschland hat frühzeitig erkannt, welche strategische Bedeutung dem Wasserstoff für den Umbau des Energiesystems und die Transformation der Industrie zukommt. Mit dem Aufbau eines Wasserstoff-Kernnetzes, der Etablierung regulatorischer Grundlagen und der Entwicklung geeigneter Fördermechanismen ist in jüngster Zeit ein dynamisches Regelungsregime im europäischen Mehrebenensystem entstanden, das in Breite und Tiefe zunehmend an Komplexität gewinnt. Diese Entwicklung macht eine systematische, praxisnahe und zugleich wissenschaftlich fundierte Aufarbeitung erforderlich.

Das vorliegende Handbuch des Wasserstoffrechts trägt diesem Bedarf Rechnung. Es bietet eine umfassende Darstellung des geltenden Rechtsrahmens für Erzeugung, Transport, Speicherung, Handel und Nutzung von Wasserstoff. Dabei werden nicht nur bestehende Regelwerke erläutert, sondern auch aktuelle Gesetzgebungsvorhaben, politische Strategien auf europäischer wie nationaler Ebene sowie gerichtliche Entscheidungen eingeordnet. Ziel ist es, ein Arbeitsmittel zu schaffen, das gleichermaßen Entscheidungsträger in Behörden und Unternehmen, Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälten, Richterinnen und Richtern sowie Wissenschaft und Studierenden als verlässlicher Begleiter dient.

Unser besonderer Dank gilt Frau Katherina Reiche, Vorsitzende des Vorstandes der Westenergie AG und Vorsitzende des Nationalen Wasserstoffrates,\* für ihre wertvollen Impulse zur industrie- und ordnungspolitischen Rahmensetzung. Wir danken ebenso herzlich unserem wissenschaftlichen Mitarbeiter Justus Lichau, dessen akribische Recherchen, unermüdliche Koordinationsarbeit und analytischer Scharfsinn wesentlich zur Entstehung dieses Werkes beigetragen haben. Unser aufrichtiger Dank gilt darüber hinaus Frau Bettina Opolony und Frau Katharina Hohenadler vom Verlag C.H. Beck, deren kluge redaktionelle Begleitung, außergewöhnliche Sorgfalt und Geduld bei der inhaltlichen Abstimmung und stets konstruktives

<sup>\*</sup> Vor ihrer Ernennung zur Bundesministerin für Wirtschaft und Energie am 6. Mai 2025 war sie Vorsitzende des Vorstandes der Westenergie AG und Vorsitzende des Nationalen Wasserstoffrates.

VI Vorwort

Lektorat dem Werk seine klare Struktur und verlegerische Qualität verliehen haben.

Möge das Handbuch in einer Zeit tiefgreifender energiepolitischer Transformation Orientierung geben, zur Versachlichung der Debatte beitragen und eine Grundlage für die Fortentwicklung eines zukunftsfähigen Wasserstoffrechts bilden.

Bochum und München im Oktober 2025

Prof. Dr. Susanne Wende

Prof. Dr. Sven-Joachim Otto



# Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Bearbeiterverzeichnis	VII
Literaturverzeichnis XX	ΊX
Abkürzungsverzeichnis XX	ΧI
	LV
Kapitel 1: Einleitung	1
A. Die deutsche und europäische Wasserstoffstrategie I. Die europäische Wasserstoffstrategie	2 5
strategie	5
Phasen	6
b) Priorisierung von erneuerbarem Wasserstoff c) Infrastruktur	7 7 8
e) Aktualisierung der Strategie	8
<ul><li>2. Einbettung in die europäische Energie- und Klimapolitik (TEN-E-VO 2013)</li></ul>	10
netzen (TEN-E):b) Förderung der Integration Erneuerbarer	11
Energien	11
Infrastruktur	12
d) Umsetzung und Finanzierung e) Netzplanung und Koordination	12 14
f) Stärkung der Resilienz und Flexibilität des	
Energiesystems	14
II. Die nationale/deutsche Wasserstoffstrategie und rechtliche Schnittstellen	15
1. Die NWS	16
2. NWS 2023	16

4. Die Importstrategie für Wasserstoff und	. 19
Wasserstoffderivate (WIS)	. 21
wasserstoriderivate (w13)	. 21
B. Wasserstoff im Kontext eines integrierten Energiesystem	s 21
I. Rahmenbedingungen zur Etablierung eines	
Wasserstoffmarkts	. 22
II. Der Wasserstoffmarkt im Kontext eines	
integrierten deutschen Energiesystems	. 30
III. Wasserstoff in einem integrierten europäischen	2.2
Energiesystem	. 32
C. Grundzüge des europäischen Energiewenderechts	. 33
I. Die Energiewende als eigenständiges Rechtsgebiet	
1. Historie	
a) Deutschland	
b) Europa	
2. Definition	
3. Wasserstoffrecht als Teil des Energiewende-	
rechts	. 38
II. Entwicklung kohärenter Gesamtkonzepte	
1. Governance-VO und European Green Deal	
2. Nationale Rahmengesetzgebung und Strategien	
III. Die wichtigsten Rechtsgrundlagen des deutschen	
und europäischen Energiewenderechts	. 42
a) Rahmengesetzgebung	. 42
a) Rahmengesetzgebung	. 42
b) Energieinfrastruktur	. 43
c) Industrie und Gebäude	. 44
d) Wasserstoff	
2. Deutschland	. 46
a) Rahmengesetzgebung	
b) Energieinfrastruktur	
c) Industrie und Gebäude	. 50
d) Wasserstoff	. 52
IV. Grundprinzipien des Energiewenderechts und	
Fazit	. 54
Kapitel 2: Ökonomische Grundlagen der	
Wasserstoffwirtschaft	. 57
A. Die Rolle der Wasserstoffwirtschaft im zukünftigen	
Energiesystem	. 59
Lifet green y stelli	. 57

	Inhaltsverzeichnis	IX
	I. Wasserstoff als zweiter Pfeiler der Energiewende II. Künftige Bedeutung der Wasserstoffwirtschaft	60 61
В.		
	Regelungsrahmens	63
	I. Wasserstoff als Gas	64
	II. Wasserstoff als eigenständiger Energieträger	65
	<ol> <li>Wasserstoff als Energieträger im EnWG</li> <li>Wasserstoff als Energieträger im EU-Gas- und</li> </ol>	65
	Wasserstoffpaket	66
	3. Regulierung der Wasserstoffwirtschaft in	
	Analogie zur Gaswirtschaft	67
	a) Ökonomische Begründung für die	
	Regulierung	68
	b) vertikale Entflechtungsvorgaben	68
	c) horizontale Entflechtungsvorgaben	70
	d) Netzzugang und Netzentgelte	72
C	Grundlegende Beschreibung der Wertschöpfungsstufen	
<b>.</b>	der Wasserstoffwirtschaft	75
	I. Wasserstoffangebot	75 75
	II. Wasserstofftransport und Verteilung	77
	III Wasserstoffspeicher	79
	III. WasserstoffspeicherIV. Wasserstoffhandel	80
	V Wasserstoffnachfrage	81
	V. Wasserstoffnachfrage	83
	DIE MACIPIOCH HIANDLONG	ا ا
D.	Marktentwicklung in der Wasserstoffwirtschaft	84
	I. Marktentwicklung als Infrastrukturentwicklung .	85
	II. Auswirkungen der Kernnetz-Regulierung auf den	
	Wasserstoffmarkt	91
	III. Europäische Perspektive der Markt- und	
	Infrastrukturentwicklung	93
F	Voraussetzungen für einen funktionierenden	
~•	Wasserstoffmarkt	95
	I. Wasserstoffmärkte oder Wasserstoffmarkt	95
	II. Staatliche Eingriffe in den Wasserstoffmarkt	99
	Regulierte Infrastruktur	100
	2. Wasserstoff in Konkurrenz zu Strom	100
	3. Wasserstoffmarkt und Klimaschutz	101
	4. Förderung für erneuerbaren Wasserstoff	104
	5. Implikationen der erwünschten schnellen	- • •
	Marktentwicklung	106

	6. Wasserstoffnutzung und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft	107
F.	Marktdesign für Wasserstoff	109 109
	Wasserstoff-Marktdesign	110 111
G.	"WasABi"	114 115
	pitel 3: Technische Grundlagen der asserstoffwirtschaft	117
A.	Wasserstoff in zukünftigen Energiesystemen	120
В.	Technologischer Ursprung und heutige industrielle Anwendung der Wasserstofftechnik	127
	industrie	127 131
C.	Physikalische und chemische Eigenschaften	132
D.	Herstellungsverfahren	136 137 138 138
Ε.	Wasserstoffspeicher	142 142
	gebunden)	144 145
F.	Transport und Infrastruktur  I. Transport im mobilen Sektor  II. Leitungsgebundener Transport (Pipeline) und	147 148
	Kavernenspeicher	149

	Inhaltsverzeichnis	XI
G.	Endverbraucheranwendungen I. Verbrennungsmotoren II. Brennstoffzellen	151 152 156
H.	Wasserstoffderivate.  I. E-Fuels  1. Methanisierung  2. Fischer-Tropsch-Synthese (FT)  II. Methanol (CH <sub>3</sub> OH)  III. Ammoniak (NH <sub>3</sub> )  IV. Dimethylether (DME, C <sub>2</sub> H <sub>6</sub> O)  V. Hydrotreated Vegetable Oil (HVO)  VI. Carbon Capture and Utilization (CCU)	160 161 161 162 162 163 164 164
I.	Betrachtung von wasserstoffbasierten Energiewandlungsketten I. Grundlagen der Energie- und Massenbilanzen II. Kennzahlen der Wasserstoffproduktion und -verarbeitung III. Beispielhafte Darstellung einer Massen- und Energiebilanz	166 166 170 173
J.	Sicherheitstechnische Betrachtungen	173 173 174 175 177
K.	Fazit	179
	pitel 4: Die inländische Herstellung und Speicherung n Wasserstoff und Derivaten	183
A.	Einleitung	185
В.	Der geltende Rechtsrahmen zur Genehmigung sowie zum Betrieb von Anlagen für die Wasserstoffproduktion und -lagerung	186
	<ul><li>I. Anlagen zur Herstellung von Wasserstoff</li><li>1. Umfang der Genehmigungsbedürftigkeit der</li></ul>	186
	Anlagen	186
	Wasserstoff	187

b) Produktion von Wasserstoff durch	
Elektrolyse	188
2. Genehmigungsfähigkeit der Anlagen	188
a) Bauplanungsrecht	189
aa) Vorhaben nach § 35 BauGB	189
bb) Vorhaben nach §§ 30 und 34 BauGB	190
b) Umweltverträglichkeitsprüfung	191
c) Industrieemissions-RL (IE-RL)	192
d) Wasserrecht	192
e) Störfall-Verordnung (12. BImSchV)	194
II. Anlagen zur Speicherung von Wasserstoff	195
1. Rechtsrahmen zur Genehmigung unterirdischer	
Speicheranlagen	195
a) Genehmigungsbedürftigkeit neuer Speicher-	
anlagen	195
b) Genehmigungsbedürftigkeit bei	
der Umnutzung unterirdischer	
Erdgas-Methanspeicher	196
c) Genehmigungsfähigkeit und -verfahren für	
unterirdische Speicher	196
2. Rechtsrahmen zur Genehmigung oberirdischer	
Speicheranlagen	197
a) Genehmigungsbedürftigkeit neuer Speicher-	
anlagen	197
b) Genehmigungsbedürftigkeit bei der	
Umnutzung oberirdischer Gasspeicher	198
c) Genehmigungsfähigkeit und -verfahren für	
oberirdische Speicheranlagen	198
aa) Bauplanungsrecht	198
bb) Umweltverträglichkeitsprüfung	199
cc) Störfall-Verordnung (12. BImSchV)	199
III. Ergänzende Aspekte zum Genehmigungsverfahren	199
1. Alternativroute "Planfeststellung"	200
2. Spezifische Verfahrenserleichterungen	200
3. Zulassung vorzeitigen Beginns gem. § 8a	
BImSchG	201
IV. Überprüfungen im Betrieb	201
1. Umweltinspektionen nach dem BImSchG	201
2. Überprüfung der Vorgaben zum Arbeitsschutz	202
C. Ausblick über möglicherweise anstehende	_
Rechtsentwicklung	202
I. Der Entwurf des Wasserstoffbeschleunigungs-	
gesetzes (WassBG-E)	203

Inhaltsverzeichnis	XIII
<ol> <li>Das "überragende öffentliche Interesse" für Anlagen zur Herstellung und Speicherung von Wasserstoff</li> <li>Fachgesetzliche Anpassungen durch</li> </ol>	203
2. Fachgesetzliche Anpassungen durch "Maßgaben" zur Anwendung	204
3. Verfahrensänderungen im Rechtsschutz	204
II. Novellierung von BauĞB und BauNVO	205
D. Fazit	206
Kapitel 5: Der Transport	207
A. Einleitung	209
B. Planung und Aufbau eines Wasserstoff-Kernnetzes in Deutschland	210 210 211
2. Rückblick auf den Ablauf des Genehmigungs-	
verfahrens	211
Kernnetze	212
Folgen	213
a) Vielfältige Rechtswirkung der Genehmigung	213
b) Trandlungsoptionen der BNetzA zur Durch-	
setzung der Genehmigung	214
5. RechtsschutzII. Finanzierungsmodell für das Kernnetz	215
(§§ 28r, 28s EnWG)	215
1. Ausarbeitung eines intertemporalen	-10
Kostenallokationsmechanismus	216
2. Umsetzung in der WANDA	216
a) Grundfall: "klassische" Briefmarke	217
b) Sonderregelung: Hochlaufentgelt	217
3. Regelungen zum Amortisationskonto	217
4. Ausgleich des Kontos durch den Bund und	
Bestehen eines Kündigungsrechts	219
a) Negativer Saldo zum Ende der Amortisa-	
tionsphase	219
regulärem Zeitablauf	220

5. Bedingungen für die Teilnahme am Finanzie-	
rungsmodell	220
III. Weiterentwicklung: Regelmäßige integrierte	
Netzentwicklungsplanung (NEP)	220
1. Verpflichtung der Netzbetreiber und Verfahren	221
2. Erste Stufe: Erstellung des Szenariorahmens	221
3. Zweite Stufe: Erarbeitung des NEP	222
a) Vorgaben zum Inhalt des NEP	223
b) Bestimmung der für die Durchführung	
verantwortlichen Unternehmen	224
c) Überprüfung des NEP durch die BNetzA	224
C. Genehmigung einzelner Wasserstoffleitungen	225
I. Genehmigung neuer Leitungen	225
<ol> <li>Differenzierung nach Durchmesser der</li> </ol>	
Leitungen	225
2. Materielle Anforderungen der Planfeststellung.	226
a) Planrechtfertigung	226
b) Zwingende öffentlich-rechtliche Normen	
und Abwägung	227
II. Umstellung bestehender Gasleitungen	228
1. Sicherheitstechnische Anforderungen und	
Anzeigeverfahren nach §§ 49, 113c EnWG	228
2. Begriff der Änderung und rechtliche Implika-	
tionen	228
III. Pflichten zur Durchführung einer Umweltverträg-	
lichkeitsprüfung (UVP)	229
D. Konzessionen für Wasserstoffnetze im Verteilnetzbereich	230
I. Rechtliche Grundlagen des § 46 EnWG	230
II. Besonderheiten für Wasserstoffnetze	231
1. Fortbestand laufender Konzessionen, § 113a	
Abs.2 EnWG	231
2. Ausschreibung neuer Konzessionen,	
§ 113a Abs. 2 und 3 EnWG	232
a) Nach Ablauf der geltenden Verträge	232
aa) Bejahung des Kontrahierungszwangs	232
bb) Ablehnung des Kontrahierungszwangs .	232
cc) Abwägung und Impuls zur Klar-	
stellung	233
b) Vor Ablauf der geltenden Verträge?	233
3. Finanzierungsmodell auch für den Verteilnetz-	
battich	224

	innaitsverzeichnis	A V
Е.	I. Anwendung der Regulierungsvorschriften II. Inhalt und Auswirkungen der Regulierung  1. Entflechtung	234 234 236 236
	<ul><li>a) Eigentumsrechtliche Entflechtung</li><li>b) Informatorische und buchhalterische Entflechtung</li></ul>	<ul><li>236</li><li>237</li></ul>
	c) Erfordernis nationaler Rechtsanpassung durch europäische Vorgaben?	237
	2. Netzzugang für Dritte	238
	a) Verpflichtung zur Netzöffnung und Verwei-	
	gerungsrecht	238
	b) Bedingungen für den Netzzugang	239
	rungsverbotebb) Entwicklung gemeinsamer Vertragsstan-	239
	dards und Entry-Exit-Modell cc) Verordnungs- und Festlegungskompe-	240
	tenzen	240
	betreiber	241
F.	Integration in das europäische Wasserstoffnetz	241
	I. Europäische Wasserstoffkorridore	242
	II. Gezielte Förderung grenzüberschreitender Wasserstoffinfrastruktur	243
G.	Fazit	244
	pitel 6: Die Distribution von Wasserstoff: Kosten, rtrieb und Verwendung in Industrie, Gewerbe und	
Ha	ushalt	247
A.	Einführung und regulatorischer Rahmen	250
	I. Der regulatorische Rahmen in Deutschland	252
	II. Der regulatorische Rahmen in der Europäischen	
	Union	253
	<ol> <li>RED III</li></ol>	253
	Rechtsakt")	254
	3. Delegierte VO (EU) 2023/1185	255
	4. RL (EU) 2024/1788 und VO (EU) 2024/1789	
	uber gemeinsame Vorschritten tur die Kinnen-	

	markte fur erneuerbares Gas, Erdgas und	
	Wasserstoff (Gas/Erdgas/Wasserstoff-RL, Gas/	
	Erdgas/Wasserstoff-VO)	255
	5. VO (EU) 2023/2405 ("ReFuelEU Aviation")	255
	6. VO (EU) 2023/1805 ("FuelEU Maritime")	256
	7. VO (EU) 2022/869 über die transeuropäischen	
	Energienetze (TEN-E-VO)	256
	8. VO (EU) 2024/1735 (Netto-Null-Industrie-VO)	256
	0. 10 (20) 2021/1/33 (110000 1101/110000110 10)	250
В.	Kosten	256
٠.	I. Wasserstoff	257
	1. Grüner Wasserstoff	257
	2. Andere Farben	259
	3. Distributionskosten je nach Lieferkette	263
	4. Lieferkette 1 – Stromnetzgebundene Elektrolyse	203
	in Deutschland	264
	a) Regulatorisch veranlasste Strompreis-	201
	bestandteile bei stromnetzgebundener	
		264
	Elektrolyse	264
		204
	bb) Keine Befreiung von Umlagen nach	2//
	§ 118 Abs. 6 EnWG	266
	cc) Befreiung für grünen Wasserstoff,	247
	§ 25 EnFG	267
	dd) Begrenzung bei Graustrombezug,	2.0
	ee) Stromsteuer	268
		269
	ff) Energiesteuer	269
	b) Netzentgelte für Zugang und Nutzung des	
	deutschen Wasserstoff-Kernnetzes	270
	aa) WANDA GBK-24-01-2#1 – Netzzu-	
	gangsentgelte Wasserstoff-Kernnetz	
	"Briefmarke").	271
	bb) WANDA GBK-24-01-2#2 und	
	WAKandA	272
	cc) Nächste Schritte	273
	5. Lieferketten 2 und 3 – Wasserstoffimport per	
	Schiff oder Pipeline	273
	a) Einfuhrzölle	273
	b) CO <sub>2</sub> -Grenzausgleichsmechanismus	
	("CBAM")	274
	c) Ümsatzsteuer	276
	d) Hafen- und sonstige Gebühren	276

Inhaltsverzeichni	is XVII
II. Derivate	276
1. Ammoniak	276
2. Andere Derivate	277
III. Sonstige Kosten	277
1. CO <sub>2</sub> Kosten	
2. Transportkosten	278
3. Zertifizierung	279
C. Vertrieb	280
I. Leitungsgebunde Distribution	280
1. Wasserstoff-Kernnetz in D	eutschland und in
Nachbarstaaten	280
2. Netzkopplungspunkte	281
3. Regionale Netze	282
4. Stichleitungen	283
5. Vertragliche Beziehungen .	283
6. Garantieinstrumente für Z	wischenhändler von
Wasserstoff ("Midstreamer	") 285
<ol><li>Wasserstoffspeicherstrategi</li></ol>	ie 286
II. Nicht Leitungsgebunde Distri	bution 287
1. Einleitung	
2. Transport mittels LKW, Sc	hiff und Zug 288
D. Verwendung	
I Industrie und Gewerhe	289
I. Industrie und Gewerbe	-  <u>A N  </u>
a) Ziele	290
b) Rechtsgrundlagen/Hint	
dungsmöglichkeiten	290
aa) IPCEI-Verfahren	
bb) Förderrichtlinie inte	
2. Ausblick – Clean Industria	
a) Wasserstoff	
b) Mehrfache Verwendung	
II. Transport/Verkehr, Energieerz	zeugung und
die Immobilienwirtschaft	
1. Verkehrssektor	
2. Energieerzeugung/Kraftwe	
ready)	
3. Immobilienwirtschaft/Hau	
zeugung/Speicher-PV-Auf	dachanlagen 297

	pitel 7: Der Nationale Wasserstoffrat im rechtlichen dnungsrahmen	299
O1	didingstatimen	2//
A.	Der Nationale Wasserstoffrat im Überblick	303
	I. Stellung des Nationalen Wasserstoffrats in der	
	Governance-Struktur der NWS	303
	1. St-Ausschuss Wasserstoff	304
	2. Nationaler Wasserstoffrat	305
	3. Leitstelle Wasserstoff	305
	4. Innovationsbeauftragter "Grüner Wasserstoff"	306
	5. Bewertung und Zwischenergebnis	307
	II. Aufstellung des Nationalen Wasserstoffrats	307
	1. Benennung der Mitglieder	307
	a) Mitgliedschaft im Nationalen Wasserstoffrat	
	als personenbezogenes Ehrenamt	308
	b) Unabhängigkeit vom Ende der Legislatur-	
	periode	309
	c) Verteilung der Anzahl der Mitglieder zwi-	
	schen Wirtschaft, Wissenschaft und Zivil-	
	gesellschaft bzw. Verbänden	309
	d) Zwischenergebnis	309
	2. Innere Struktur des Nationalen Wasserstoffrats	310
	a) Plenumb) Vorsitz	310
		311
	c) Arbeitsgruppen	311
	d) Zwischenergebnis	312
	3. Beiräte als klassische Beratungsorgane der	242
	Politik	312
	a) Beiräte der Bundesregierung	312
	b) Wasserstoff-Beirat des Landes Baden-	242
	Württemberg	313
	c) Vergleichsanalyse und Schlussfolgerung	314
	III. Veröffentlichungen des Nationalen Wasserstoffrats	314
	1. Stellungnahmen	315
	a) Stellungnahmen als Arbeitsmittel des	215
	Nationalen Wasserstoffrats	315
	b) Exemplarische Stellungnahmen des	215
	Nationalen Wasserstoffrats	315
	c) Zwischenergebnis	316
	2. Grundlagen- und Informationspapiere	317

	innaitsverzeicnnis	XIX
В.	Die Einbettung des Nationalen Wasserstoffrats in	
	die Arbeit der Bundesregierung	318
	stoffrats	319
	<ol> <li>Bindungswirkung der NWS f ür die Bundes-</li> </ol>	- 40
	regierung	319
	a) Möglichkeiten zur Aufhebung der NWS	319
	b) Faktische Bindungswirkung der NWS aa) Verpflichtungen zum Klimaschutz aus	320
	dem internationalen Recht	320
	bb) Verpflichtungen zum Klimaschutz aus	5 <b>2</b>
	dem unionalen Recht	321
	cc) Verpflichtungen zum Klimaschutz aus	
	dem nationalen Recht	323
	dd) Berücksichtigung in Planungen der	
	Bundesregierung	323
	(1) Systementwicklungsstrategie	324
	(2) Integrierter, nationaler Energie- und	
	Klimaplan	324
	(3) Schlussfolgerungen	325
	ee) Fazit	325
	c) Ergebnis	326
	2. Übertragung der Erkenntnisse auf die	226
	Institution des Nationalen Wasserstoffrats II. Politischer Einfluss des Nationalen Wasserstoffrats	326 327
		327
	III. Ergebnis (	J <sup>327</sup>
C.	Der Nationale Wasserstoffrat im internationalen	
	Vergleich	328
	I. Exemplarische Darstellung von Wasserstoffräten	
	anderer Länder	328
	1. Belgian Hydrogen Council	328
	2. Hydrogen Delivery Council	329
	3. Beirat zur Wasserstoffstrategie Österreichs	330
	4. NLHydrogen	330
	5. Vergleich mit dem Nationalen Wasserstoffrat	330
	II. Memorandum of Understanding zum Wasserstoff-	221
	hochlauf	331
	III. Zwischenergebnis	331

Potentiale für die Weiterentwicklung des Nationalen	331
	332
	332
a) Verweis von Gesetzen auf die NWS	332
b) Gesetz zur NWS	332
	333
2. Legislative Verankerung der Governance-	
Struktur	333
3. Ergebnis	333
	334
	334
	55 1
	334
	335
IV. Ergebnis	335
Fazit und Ausblick	335
Tuble did Tubbion	555
pitel 8: Kartellrecht	337
Liberthiele it on the Kentellusche	2.10
Überblick über das Kartellrecht	340
I. Kartellverbot, §1 GWB, Art. 101 Abs. 1 AEUV	340
I. Kartellverbot, §1 GWB, Art. 101 Abs. 1 AEUV  1. Tatbestand des Kartellverbots	
I. Kartellverbot, §1 GWB, Art. 101 Abs. 1 AEUV  1. Tatbestand des Kartellverbots  2. Einzelfreistellung vom Kartellverbot, §2 Abs. 1 GWB/Art. 101 Abs. 3 AEUV	340
I. Kartellverbot, §1 GWB, Art. 101 Abs. 1 AEUV  1. Tatbestand des Kartellverbots  2. Einzelfreistellung vom Kartellverbot, §2 Abs. 1 GWB/Art. 101 Abs. 3 AEUV	340 340
I. Kartellverbot, § 1 GWB, Art. 101 Abs. 1 AEUV  1. Tatbestand des Kartellverbots  2. Einzelfreistellung vom Kartellverbot,  § 2 Abs. 1 GWB/Art. 101 Abs. 3 AEUV  3. Gruppenfreistellungen	340 340 352
I. Kartellverbot, § 1 GWB, Art. 101 Abs. 1 AEUV	340 340 352 356
I. Kartellverbot, § 1 GWB, Art. 101 Abs. 1 AEUV	340 340 352 356 366
I. Kartellverbot, § 1 GWB, Art. 101 Abs. 1 AEUV	340 340 352 356 366 367
I. Kartellverbot, § 1 GWB, Art. 101 Abs. 1 AEUV	340 340 352 356 366 367 370
I. Kartellverbot, § 1 GWB, Art. 101 Abs. 1 AEUV	340 340 352 356 366 367 370 372
I. Kartellverbot, § 1 GWB, Art. 101 Abs. 1 AEUV  1. Tatbestand des Kartellverbots  2. Einzelfreistellung vom Kartellverbot, § 2 Abs. 1 GWB/Art. 101 Abs. 3 AEUV  3. Gruppenfreistellungen  II. Missbrauchsverbot, §§ 19, 20 GWB, Art. 102 AEUV  1. Marktbeherrschende Stellung, § 18 GWB  2. Marktstarke Stellung, § 20 GWB  3. Missbrauchsarten  III. Fusionskontrolle	340 340 352 356 366 367 370 372 385
I. Kartellverbot, § 1 GWB, Art. 101 Abs. 1 AEUV	340 340 352 356 366 367 370 372 385 385
I. Kartellverbot, § 1 GWB, Art. 101 Abs. 1 AEUV  1. Tatbestand des Kartellverbots  2. Einzelfreistellung vom Kartellverbot, § 2 Abs. 1 GWB/Art. 101 Abs. 3 AEUV  3. Gruppenfreistellungen  II. Missbrauchsverbot, §§ 19, 20 GWB, Art. 102 AEUV  1. Marktbeherrschende Stellung, § 18 GWB  2. Marktstarke Stellung, § 20 GWB  3. Missbrauchsarten  III. Fusionskontrolle  1. Formelle Fusionskontrolle/Anmeldepflichten  2. Materielle Fusionskontrolle	340 340 352 356 366 367 370 372 385 385 391
I. Kartellverbot, § 1 GWB, Art. 101 Abs. 1 AEUV	340 340 352 356 366 367 370 372 385 385
I. Kartellverbot, § 1 GWB, Art. 101 Abs. 1 AEUV  1. Tatbestand des Kartellverbots  2. Einzelfreistellung vom Kartellverbot, § 2 Abs. 1 GWB/Art. 101 Abs. 3 AEUV  3. Gruppenfreistellungen  II. Missbrauchsverbot, §§ 19, 20 GWB, Art. 102  AEUV  1. Marktbeherrschende Stellung, § 18 GWB  2. Marktstarke Stellung, § 20 GWB  3. Missbrauchsarten  III. Fusionskontrolle  1. Formelle Fusionskontrolle/Anmeldepflichten  2. Materielle Fusionskontrolle  IV. Rechtsfolgen	340 340 352 356 366 367 372 385 385 391 393
I. Kartellverbot, § 1 GWB, Art. 101 Abs. 1 AEUV  1. Tatbestand des Kartellverbots  2. Einzelfreistellung vom Kartellverbot, § 2 Abs. 1 GWB/Art. 101 Abs. 3 AEUV  3. Gruppenfreistellungen  II. Missbrauchsverbot, §§ 19, 20 GWB, Art. 102 AEUV  1. Marktbeherrschende Stellung, § 18 GWB  2. Marktstarke Stellung, § 20 GWB  3. Missbrauchsarten  III. Fusionskontrolle  1. Formelle Fusionskontrolle/Anmeldepflichten  2. Materielle Fusionskontrolle  IV. Rechtsfolgen  Marktabgrenzung entlang der Wertschöpfungskette	340 340 352 356 366 367 370 372 385 385 391
I. Kartellverbot, § 1 GWB, Art. 101 Abs. 1 AEUV  1. Tatbestand des Kartellverbots  2. Einzelfreistellung vom Kartellverbot, § 2 Abs. 1 GWB/Art. 101 Abs. 3 AEUV  3. Gruppenfreistellungen  II. Missbrauchsverbot, §§ 19, 20 GWB, Art. 102 AEUV  1. Marktbeherrschende Stellung, § 18 GWB  2. Marktstarke Stellung, § 20 GWB  3. Missbrauchsarten  III. Fusionskontrolle  1. Formelle Fusionskontrolle/Anmeldepflichten 2. Materielle Fusionskontrolle  IV. Rechtsfolgen  Marktabgrenzung entlang der Wertschöpfungskette  I. Allgemeine Grundsätze/modifiziertes Bedarfs-	340 340 352 356 366 367 370 372 385 385 391 393
I. Kartellverbot, § 1 GWB, Art. 101 Abs. 1 AEUV  1. Tatbestand des Kartellverbots  2. Einzelfreistellung vom Kartellverbot, § 2 Abs. 1 GWB/Art. 101 Abs. 3 AEUV  3. Gruppenfreistellungen  II. Missbrauchsverbot, §§ 19, 20 GWB, Art. 102 AEUV  1. Marktbeherrschende Stellung, § 18 GWB  2. Marktstarke Stellung, § 20 GWB  3. Missbrauchsarten  III. Fusionskontrolle  1. Formelle Fusionskontrolle/Anmeldepflichten  2. Materielle Fusionskontrolle  IV. Rechtsfolgen  Marktabgrenzung entlang der Wertschöpfungskette	340 340 352 356 366 367 372 385 385 391 393
	Wasserstoffrats de lege ferenda  I. Legislative Verankerung der NWS  a) Verweis von Gesetzen auf die NWS  b) Gesetz zur NWS  c) Ergebnis und Schlussfolgerung  2. Legislative Verankerung der Governance-Struktur  3. Ergebnis  II. Einbindung in den Legislativprozess  1. Der Nationale Normenkontrollrat als Beispiel  2. Übertragung der Erkenntnisse auf den Nationalen Wasserstoffrat  III. Mitwirkung an der Operationalisierung der NWS  IV. Ergebnis  Fazit und Ausblick

Inhaltsverzeichnis	XXI
<ul><li>III. Produktion und Ersatzabsatz</li><li>1. Differenzierung nach Gasarten</li><li>2. Differenzierung nach Produktionsumfang bzw.</li></ul>	399 399
Absatzmethoden	400 400 401
c) Kleine On-Site-Anlagen	402 402
Herstellungsverfahren und Nachhaltigkeit  a) "Grauer" vs. "entkarbonisierter"	403
Wasserstoff	404
"kohlenstoffarmer" Wasserstoff	406 408
<ul> <li>a) Erwägungen zur Differenzierung nach</li> <li>Wasserstofffarben/Herstellungsverfahren</li> <li>b) Erwägungen zur Differenzierung nach</li> </ul>	408
Kundengruppen und Vertriebsstufen  IV. Nachgelagerte Vertriebsstufen	409 411
V. Handel	412 413
<ol> <li>Import/Transport per Seeschiff</li> <li>Importinfrastruktur</li> </ol>	414 415
<ul><li>3. Netzinfrastruktur</li><li>4. Land- und Binnenschifftransport</li><li>5. Speicherinfrastruktur</li></ul>	416 417
VII. Endanwendungen	418 420
Kapitel 9: Beihilfenrecht	423
A. Einleitung I. Bedeutung des Beihilfenrechts für den Markt-	425
hochlauf	425
Marktneutralität und Transformationsförderung	427
B. Der beihilfenrechtliche Rahmen des AEUV	430
Beihilfentatbestands	430 431 431

b) Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaft-	
lichen Interesse	432
c) Schwellenwerte	433
2. Selektivität	433
3. Staatliche Zurechenbarkeit	433
4. Wettbewerbsverfälschung	435
II. Ausnahmen nach Art. 107 Abs. 2 und 3 AEUV	435
III. Genehmigungserfordernis und Stillhaltegebot	437
1. Notifikationspflicht	437
2. Stillhaltegebot	437
IV. Das Prüfverfahren der EU-Kommission	438
V. Rechtsfolgen der Gewährung rechtswidriger	
Beihilfen	439
VI. Rechtsschutz	440
C. Beihilferechtliche Instrumente und ihre	
rechtliche Einordnung	440
I. Zuschüsse	441
II. Darlehen, Garantien und Beteiligungen	441
III. Ausschreibungsmodelle und Auktionen	442
IV. Quotenregelungen	443
V. Differenzvertrag	444
VI. Risikoabsicherung für private Investitionen	446
VII. Zwischenfazit	446
D. Leitlinien für staatliche Klima-, Umweltschutz und	
Energiebeihilfen (KUEBLL)	447
I. Struktur, Rechtsnatur und Zielrichtung	447
II. Allgemeine Anforderungen für die Genehmigungs-	
fähigkeit	448
1. Änreizeffekt	449
2. Marktversagen	451
III. Besondere Vorgaben für wasserstoffbezogene	
Vorhaben	453
1. Umfasste Arten von Wasserstoff	453
2. Förderung von Erzeugung, Infrastruktur,	
industrieller Nutzung	454
a) Vorgaben für die Vereinbarkeit von staat-	
licher Förderung der Erzeugung und des	
Imports von Wasserstoff	455
b) Vorgaben für die Vereinbarkeit von staatli-	
cher Förderung des Infrastrukturaufbaus	458

486

	1. Schlagabtausch von Bundesregierung und	407
	Bundesrat	487
	durch den Umweltausschuss	488
	II. Regelungen in §3 WPG	488
	1. Definition des orangen Wasserstoffs in § 3	
	Abs.1 Nr.8 WPG	489
	a) Unter Verwendung von Strom aus Anlagen	
	der Abfallwirtschaft (Alt.2)	489
	b) Exkurs: Herstellung aus Biomasse (Alt. 1)	489
	2. Gleichstellungsregelung des § 3 Abs. 3 WPG	490
	III. Kritik am derzeitigen Rechtsrahmen und Chancen	492
E.	Ausblick auf mögliche Anpassungen des Rechtsrahmens .	493
F.	Fazit	494
Γ.	razit	474
Ka	pitel 11: Wasserstofflieferverträge	497
A.	Einleitung	498
В.	Rechtsnatur von Wasserstofflieferverträgen	499
٠.	I. Technische Produkteigenschaften	500
	II. Umweltbezogene Produkteigenschaften	500
_	Besonderheiten bei der Vertragsgestaltung	
C.	Besonderheiten bei der Vertragsgestaltung	501
	I. "Take-or-Pay"-Klauseln und ihre Zulässigkeit	501
	II. Beschränkungen der Vertragslänge	502
	III. Regelungen zur (flexiblen) Preisgestaltung	503
	Notwendigkeit der Möglichkeit zur nach- träglichen Preiskorrektur	503
	2. Preisanpassungsklauseln	504
	3. Preisrevisionsklauseln	505
	a) Voraussetzungen	505
	b) Ausschluss einer Preisrevision	505
	IV. Kündigungsrechte	506
	V. Risiko- und Kostenverteilung beim nicht leitungs-	
	gebundenen Transport	507
	1. Regelungen zu Übergabeort und Gefahrüber-	
	gang	507
	2. Regelungen zum Gefahrguttransport	507
	VI Treibhausgasminderungsquote (THG-Quote)	508

	Inhaltsverzeichnis	XXV
Ka	pitel 12: Wasserstoffimport	511
Α.	Einleitung	512
	I. Bedeutung des Imports – zukünftiger Bedarf	513
	II. Importwege – Rolle von Derivaten	514
	III. Infrastruktur & Transportwege	515
	1. Wasserstoff-Kernnetz	516
	2. Terminalinfrastruktur	516
	IV. Marktrollen	517
	V. Market Ramp-Up/Zwischenergebnis	518
В.	Förderziele, beihilferechtliche Anforderungen und	
	Auktionsdesign	519
	I. Instrumente	519
	1. Verlorene Zuschüsse und Förderdarlehen	519
	2. Differenzausgleich	520
	3. Doppelauktionen	521
	II. Vorgaben für die Förderung	522
	1. Ausschreibung	522
	2. Kumulierung mehrerer Beihilfen	523
	3. Erfüllung von Quoten	523
	4. Beginn der Arbeiten	523
	5. "Do not harm"-Principle	524
$\sim$	Engage in Audust	F24
C.	Erzeugung im Ausland	524
	II. Typische Merkmale einer auf den Export gerich-	525
	teten Produktion im Ausland	526
	III. Geografische und zeitliche Korrelation	527
	IV. Zusätzlichkeit, "Additionalität"	529
	V. CO <sub>2</sub> -Quelle	530
	VI. Bewältigung rechtlicher Risiken	530
	VII. Sonstige Nachhaltigkeitsanforderungen	531
	VIII. CBAM	531
	IX. Resilienz	531
D.	Vertragliche Regelungen zum Wasserstoffimport	532
	I. Rechtsnatur des Vertrags und essentialia negotii	532
	1. Vertragsparteien	532
	2. Kaufsache	532
	3. Kaufpreis	533
	II. Lieferort und Lieferbedingungen (beispielsweise	
	einzelne Incoterms 2020)	533

#### Inhaltsverzeichnis

1. Derivat	533
2. Molekularer, gasförmiger Wasserstoff	534
3. Feste Mengen, Optionen, im Aufbau befind-	
liche Infrastruktur	535
III. Nachweis der RFNBO-Qualität und sonstiger	
Nachhaltigkeitsanforderungen	536
IV. Risikoverteilung und "bankability"	536
Ç ,	
Stichwartverzeichnis	539

